



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Kreisausschuss

---

Es informiert Sie:	Antje Schäfer
Telefon:	02104/99-1224
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	antje.schaefer@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 01.04.2014

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Montag, den 31.03.2014, 16:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Thomas Hendele

#### **Mitglieder**

Ernst Buddenberg

Detlef Ehlert

Barbara Enke

Ursula Greve-Tegeler

Berndt Hoffmann

Dr. Bernhard Ibold

Martina Köster-Flashar

Manfred Krick

(ab 16.06 Uhr, TOP 1)

Ilona Küchler

David A. Lungen

Bernhard Osterwind

Dieter Roeloffs

Michael Ruppert

Sybille Schettgen

Manfred Schulte

Klaus-Dieter Völker

#### **Verwaltung**

Harald Beier

Denise Brauer

Lothar Breitsprecher

Ulrike Haase

Nils Hanheide

Denis Heimann  
Daniela Hitzemann  
Yasmin Hutchins  
Thomas Jarzombek  
Martin Klemmer  
Manfred Lochmann  
Michael Münch  
Martin M. Richter  
Antje Schäfer  
Kira Scheven  
Martin Schlüter  
Melanie Schmitz  
Kerstin Wulff-Woesten

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 02.12.2013 und 09.12.2013
3. Informationen der Verwaltung
4. Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages aus dem Jahr 2013 01/001/2014
5. Erster Zeitplan für die Fortentwicklung der kennzahlengestützten Zielsysteme 01/003/2014
6. Jahresbericht Interkommunale Zusammenarbeit 10/005/2014
7. Erstellung eines Konnexitätsberichtes 10/007/2014
8. Bebauungsplan Nr. B- 42 "Parkplatz S- Bahnhof" der Stadt Langenfeld; Verfahren gemäß § 4 (2) BauGB 61/001/2014
9. Telekom-Mobilfunksendemast in Hilden, Widerspruch des Landschaftsbeirats 61/003/2014/1
10. Einleitung des 6. Änderungsverfahrens des Landschaftsplans Kreis Mettmann gemäß § 29 Abs. 1 i.V.m. § 27 Abs. 1 Landschaftsgesetz NRW 61/012/2014

- |       |   |               |
|-------|---|---------------|
| 11.   | 3. Nahverkehrsplan für den Kreis Mettmann   | 20/001/2014/1 |
| 12.   | Elternbeitrag für die Teilnahme an der Offenen Ganztags-<br>schule<br>- Förderschulen in der Trägerschaft des Kreises Mettmann in<br>Monheim am Rhein   | 40/005/2014/1 |
| 13.   | Zukunftsplanung Berufskollegs<br>- Einrichtung des dualen Bildungsgangs IT-<br>Fachinformatiker/in am Berufskolleg Ratingen   | 40/034/2013   |
| 14.   | Zukunftsplanung Berufskollegs<br>- Erweiterung der Zügigkeit des Bildungsganges "Berufliches<br>Gymnasium für Gesundheit" am Berufskolleg Neandertal in<br>Mettmann   | 40/014/2014   |
| 15.   | Zukunftsplanung Berufskollegs<br>- Erweiterung der Zügigkeit des Bildungsganges "Berufliches<br>Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen<br>Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" am Berufskolleg Hil-<br>den | 40/015/2014   |
| 16.   | Nachträge   |               |
| 16.1. | Landesentwicklungsplan NRW (LEP NRW)  | 61/004/2014/1 |
| 16.2. | Teilnahme an der jährlichen Gedenkfeier am Wenzelnberg in<br>Langenfeld<br>hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.03.2014  | 01/006/2014   |
| 16.3. | Leinenpflicht für Hunde auf dem PanoramaRadweg nieder-<br>bergbahn<br>hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.03.2014   | 65/016/2014   |

### **Nicht öffentlicher Teil**

- |     |   |             |
|-----|---|-------------|
| 17. | Informationen der Verwaltung  |             |
| 18. | Einstellung einer Amtsleiterin / eines Amtsleiters für das So-<br>zialamt   | 10/008/2014 |
| 19. | Leitstelle für Rettungsdienst, Feuerschutz und Großscha-<br>densereignisse des Kreises Mettmann (Kreisleitstelle) – Vor-<br>haltende Stelle   | 32/005/2014 |
| 20. | Vergabe des Nachtrags Altlastensanierung im Zuge der<br>Baumaßnahme Osttangente K18n in Mettmann  | 23/003/2014 |
| 21. | Vergabe von Umzugsleistungen zum Freizug des Verwal-<br>tungsgebäudes 2 vor den beabsichtigten Abrissarbeiten, hier:<br>nachträgliche Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung<br>gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW | 23/005/2014 |
| 22. | Vergabe von Rückbauarbeiten am Verwaltungsgebäude 2   | 23/007/2014 |

- |     |  |             |
|-----|--|-------------|
| 23. | Auftragsvergabe: Schülerbeförderung von und zu den Förderschulen des Kreises Mettmann ab dem Schuljahr 2014 / 2015 | 40/010/2014 |
| 24. | Verbraucherberatung im Kreis Mettmann - Neuabschluss eines Vertrages über die Verbraucherberatungsstelle Velbert   | 39/001/2014 |
| 25. | Energieberatung im Kreis Mettmann; Fortführung in Langenfeld und Ratingen  | 39/002/2014 |
| 26. | Nachträge  |             |

## Öffentlicher Teil

<b>Zu Punkt 1:</b>	<b>Formalien</b>
--------------------	------------------

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit (KA Gräber, KA Horzella, KA Schnitzler, KA Vielhaus und KA Wedel fehlen entschuldigt) und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend händigt er die Ernennungsurkunde an KA Längen als stellvertretendes Mitglied des Kreisausschusses aus und vereidigt ihn zum Ehrenbeamten des Kreises.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil fristgerecht um die Tagesordnungspunkte

- 16.1 Landesentwicklungsplan NRW (LEP NRW)
  - 16.2 Teilnahme an der jährlichen Gedenkfeier am Wenzelnberg in Langenfeld  
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.03.2014
- und
- 16.3. Leinenpflicht für Hunde auf dem PanoramaRadweg niederbergbahn  
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.03.2014

erweitert wurde.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt, so dass die so geänderte Tagesordnung festgestellt wird.

Schließlich weist Landrat Hendele darauf hin, dass an den Plätzen eine Übersicht über Ermächtigungsübertragungen von 2013 nach 2014 im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 (**Anlage 1**) sowie die Liste der im Jahr 2013 genehmigten außer- und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen (**Anlage 2**) ausliegt.

<b>Zu Punkt 2:</b>	<b>Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 02.12.2013 und 09.12.2013</b>
--------------------	---

KA Dr. Ibold merkt mit Blick auf die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 09.12.2013 an, dass er zum Tagesordnungspunkt

### 3 Organisation des Tourismusmanagements im Kreis Mettmann

lediglich die Wortwahl der Verwaltung, nicht jedoch das gesamte Tourismuskonzept als kreativ bewertet habe.

Er macht zudem darauf aufmerksam, dass zum Tagesordnungspunkt

### 4 Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2014 des Kreises Mettmann Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2014

und Ziffer 4 des Beschlussvorschlages (Tourismusmanagement im Kreis Mettmann) das Abstimmungsergebnis seiner Fraktion falsch wiedergegeben wurde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zu diesem Punkt mit „nein“, nicht mit „ja“ gestimmt.

Landrat Hendele sagt zu, die Niederschrift entsprechend zu ändern.

Mit diesen Änderungen werden die Niederschriften über die Sitzungen des Kreisausschusses vom 02.12.2013 und 09.12.2013 einstimmig genehmigt.

## **Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung**

### **Internationale Wochen gegen Rassismus**

Herr Richter erinnert an einen im Zuge der Haushaltsberatungen 2014 gestellten Antrag der Fraktion DIE LINKE. sowie an die historischen Hintergründe der Internationalen Wochen gegen Rassismus. Folgende Maßnahmen wurden ergriffen

- Auslegen von Informationsmaterial in den Verwaltungsgebäuden,
- Aushang der Plakate zur Woche gegen Rassismus in allen Verwaltungsgebäuden und Schulen des Kreises,
- die kreiseigenen Schulen wurden über die Wochen informiert und zu eigenen Veranstaltungen / Aktionen animiert,
- Abgabe einer Anti-Rassismus-Erklärung in Zusammenarbeit und Absprache mit dem Kreissportbund vor Meisterschaftsspielen,
- Hinweis bei Veranstaltungen des Kreisintegrationszentrums sowie bei Treffen mit den Migrationsbeauftragten.

### **Personalisierung Jobcenter ME-aktiv**

Herr Richter verweist auf die ebenfalls im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2014 geführte Diskussion zu 40 fehlenden Stellen im Jobcenter ME-aktiv. In gemeinsamen Gesprächen sowie in den Sitzungen der Meinungsbildungskonferenz und der Trägerversammlung konnte zwischenzeitlich ein Lösungsvorschlag zu dieser Problematik gefunden werden. Der Stellenplan für das Jobcenter ME-aktiv soll um 15 auf insgesamt 406 Vollzeitäquivalente (VZÄ) erhöht werden. Damit wird der aufgrund des festgelegten Beratungsschlüssels bestehende Bedarf vollständig abgedeckt. Der Stellenplan von 406 VZÄ bildet damit die Standardausstattung des Jobcenters ab. Zur Finanzierung dieser Stellen wird ggf. ein Griff in den Eingliederungstitel erforderlich.

Die verbleibenden 25 VZÄ sollen nicht im Stellenplan abgebildet werden. Hierfür könnte jedoch befristet und projektbezogen Personal eingestellt werden. Voraussetzung ist jedoch, dass die Geschäftsführung des Jobcenters ME-aktiv darlegt, für welche Maßnahme wie viel Personal benötigt wird und welche Effekte man sich davon verspricht. Anhand dieser Ausführungen entscheiden die Bundesagentur und der Kreis Mettmann als Träger des Jobcenters, ob und wie viel Personal zur Verfügung gestellt wird. Der Kreis hat sich für die zusätzlichen,

befristeten 25 VZÄ bereit erklärt, diese zur Hälfte durch Kreispersonal zu besetzen. An den festgelegten Finanzierungsanteilen (15,2 % Kreis- und 84,8 % Bundesanteil) ändert sich nichts.

### **Zusätzliche Sitzung des Kreisausschusses am 23.06.2014**

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der amtierende Kreisausschuss nach den Kommunalwahlen und vor der Konstituierung des neuen Kreistages aufgrund anstehender Vergaben noch einmal zusammentreten muss. Interfraktionell abgestimmt wurde, dass diese Sitzung am Montag, 23.06.2014, um 15.00 Uhr stattfindet. Die Einladung wird rechtzeitig zugesandt.

### **Fracking im Kreis Mettmann**

Landrat Hendele verweist auf einen in der heutigen Ausgabe der Rheinischen Post erschienenen Artikel zum Fracking im Kreis Mettmann und erinnert an den einstimmig gefassten Kreistagsbeschluss aus dem Jahr 2012, wonach der Kreistag Fracking ablehnt. Er macht deutlich, dass auch er persönlich Fracking weiterhin grundlegend ablehnt. Fracking in einem Gebiet hoher Siedlungsdichte sei unverantwortlich.

Herr Hanheide berichtet, dass es keine neuen Erkenntnisse gibt und Fracking im Kreisgebiet weiterhin nicht geplant sei. Weder beim Kreis noch bei der zuständigen Genehmigungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) lägen entsprechende Anträge vor. Bekannt sei lediglich, dass der nördliche Teil des Kreises Mettmann für Probebohrungen in Betracht kommt, jedoch ausschließlich um geologische Erkenntnisse zu gewinnen.

Die Fraktionen bleiben übereinstimmend bei ihrer ablehnenden Haltung zum Thema Fracking.

<b>Zu Punkt 4:</b> <b>Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages aus dem Jahr 2013 - Vorlage Nr. 01/001/2014</b>
---

Die Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages aus dem Jahr 2013 sowie die Fortschreibung der offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus Vorjahren (*Anlage 3*) werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 5:</b> <b>Erster Zeitplan für die Fortentwicklung der kennzahlengestützten Zielsysteme - Vorlage Nr. 01/003/2014</b>
--

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Vorlage auf einem Antrag der Fraktion UWG-ME zu den Haushaltsberatungen 2014 basiert. Über die dortige Beschlussfassung hinaus wird mit der Vorlage nicht nur ein Zeitplan vorgestellt, sondern werden bereits erste Arbeitsschwerpunkte benannt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 6:</b> <b>Jahresbericht Interkommunale Zusammenarbeit - Vorlage Nr. 10/005/2014</b>
---

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur interkommunalen Zusammenarbeit zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 7:</b>	<b>Erstellung eines Konnexitätsberichtes - Vorlage Nr. 10/007/2014</b>
--------------------	--

Landrat Hendele berichtet, dass die Vorlage auf einem Antrag der Fraktion UWG-ME im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 beruht. Die Verwaltung hatte zugesagt, einen entsprechenden Beschlussvorschlag einzubringen.

Auf Nachfrage von KA Schulte und KA Dr. Ibold führen KA Osterwind und Landrat Hendele aus, dass im Zuge der Erfassung keine Vollkostenrechnung gewünscht ist. Der Verwaltungsaufwand bei der Erhebung und Darstellung soll so gering wie möglich gehalten werden. Der Bericht soll jedoch ohne Ansehen der Ebene erstellt werden und sowohl übertragene Aufgaben der EU, des Bundes und des Landes beinhalten. Aufgeführt werden sollen die Themen, die (noch) eine politische Relevanz haben. Man werde mit dem ersten Bericht versuchen, sich an optimale Darstellungsformen und den erforderlichen Aufwand heranzutasten.

KA Ruppert bemängelt, dass gerade Kreise in den letzten Jahren zahlreiche Aufgaben von unterschiedlichen Ebenen übertragen bekommen haben, ohne dass entsprechende Ausgleichszahlungen geflossen sind.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die konnexitätsrelevante Aufgabenentwicklung abgekoppelt vom Haushaltsplanentwurf zu erstellen.

Der Bericht wird zunächst jährlich und erstmals in der zweiten Sitzung des Kreisausschusses in 2015 vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 8:</b>	<b>Bebauungsplan Nr. B- 42 "Parkplatz S- Bahnhof" der Stadt Langenfeld; Verfahren gemäß § 4 (2) BauGB - Vorlage Nr. 61/001/2014</b>
--------------------	---

Nach Auffassung von KA Dr. Ibold bestehen durchaus Alternativen zum vorgelegten Beschlussvorschlag. Seine Fraktion wird dem Vorhaben nicht zustimmen, da die Fläche in einer Wasserschutzzone liegt und die Notwendigkeit des Vorhabens aufgrund eines nahegelegenen und nicht ausgelasteten Parkhauses bezweifelt wird. Er befürchtet, dass es sich hierbei um einen ersten Schritt handelt, der später in einer Ausweitung in die Grünflächen hinein endet.

KA Schulte schildert die Pendler- und Parksituation rund um den S-Bahnhof und die Problematik der durch Langenfeld verlaufenen Tarifgrenze. Angesichts der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) hält er das Vorhaben für sinnvoll.

Landrat Hendele macht deutlich, dass man – nach Abwägung aller Interessen – entsprechende Infrastruktur schaffen muss, wenn man den Umstieg auf den ÖPNV unterstützen will.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

## **Beschluss:**

Bei Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. B- 42 „Parkplatz S- Bahnhof“ der Stadt Langenfeld verbleibt die gesamte Bebauungsplanfläche gemäß § 16 Absatz 1 Landschaftsgesetz NW im Geltungsbereich des Landschaftsplanes (sogenannte Doppeldeckung).

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

<b>Zu Punkt 9:</b>	<b>Telekom-Mobilfunktionsendemast in Hilden, Widerspruch des Landschaftsbeirats - Vorlage Nr. 61/003/2014/1</b>
--------------------	---

KA B. Hoffmann und KA Dr. Ibold erinnern an ihre im Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung formulierte Bitte, einen alternativen Standort zu suchen. Es bestünden ihrer Auffassung nach durchaus Möglichkeiten.

KA Völker verweist auf die Stellungnahme im Fachausschuss, wonach die dort erreichbare Sendequalität an anderen Standorten nicht gewährleistet werden könne.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

## **Beschluss:**

Der Kreisausschuss hält den Widerspruch des Landschaftsbeirats in der Sitzung vom 15.01.2014 für unberechtigt. Somit hat die untere Landschaftsbehörde die Befreiung gemäß § 67 Bundesnaturschutzgesetz i. V. m. § 69 Landschaftsgesetz NRW zu erteilen.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

<b>Zu Punkt 10:</b>	<b>Einleitung des 6. Änderungsverfahrens des Landschaftsplans Kreis Mettmann gemäß § 29 Abs. 1 i.V.m. § 27 Abs. 1 Landschaftsgesetz NRW - Vorlage Nr. 61/012/2014</b>
---------------------	---

KA Schulte verweist auf die im Rahmen der Haushaltsberatungen geführte Debatte zur Auskömmlichkeit der Personalausstattung im Bereich der Landschaftsplanung.

Landrat Hendele versichert, so viel Personal einzusetzen, dass der in der Vorlage dargelegte Zeitplan eingehalten werden kann. Auswirkungen auf den Stellenplan 2015 könnten dabei

nicht ausgeschlossen werden. Hierüber würde er die Mitglieder des Kreisausschusses jedoch informieren.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

**Beschluss:**

Das Verfahren zur 6. Änderung des Landschaftsplans Kreis Mettmann wird gemäß § 29 Abs. 1 i.V.m. § 27 Abs. 1 Landschaftsgesetz NRW eingeleitet.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**  
bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

<b>Zu Punkt 11: 3. Nahverkehrsplan für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 20/001/2014/1</b>
---

Landrat Hendele teilt mit, dass der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs die dem Beschlussvorschlag zugrunde liegende Synopse an zwei Stellen redaktionell geändert hat. Außerdem wurde die Forderung der Stadt Langenfeld nach einem RRX-Halt unterstützt und eine entsprechende Ergänzung aufgenommen. Den Mitgliedern des Kreisausschusses wurde im Vorfeld eine Ergänzungsvorlage mit der geänderten Synopse zur Verfügung gestellt. Der Beschlussvorschlag kann daher unverändert bleiben.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

**Beschluss:**

1. Der 3. Nahverkehrsplan für den Kreis Mettmann in der Fassung des Entwurfes vom 12.09.2013 wird unter Berücksichtigung der verwaltungsseitigen Vorschläge zur weiteren Behandlung der Stellungnahmen gem. § 9 ÖPNVG NRW beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus der Synopse ergebenden, verwaltungsseitigen Vorschläge und aus den politischen Beratungen ergebenden Änderungen in den Entwurf einzuarbeiten, die damit Gegenstand der Endfassung des 3. Nahverkehrsplans (*Anlage 4*) werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 12: Elternbeitrag für die Teilnahme an der Offenen Ganztagschule - Förderschulen in der Trägerschaft des Kreises Mettmann in Monheim am Rhein - Vorlage Nr. 40/005/2014/1</b>
---

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Stadt Monheim am Rhein seit dem 01.01.2014 keine Beiträge mehr für die Betreuung von Kindern in der Offenen Ganztagschule an städtischen Schulen erhebt. Der Ausschuss für Schule und Kultur hat den Punkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen. Die im Fachausschuss erbetene Antwort auf die Frage, ob die Stadt Monheim am Rhein den beim Kreis entstehenden Differenzbetrag erstatten würde, wenn die Monheimer Eltern auch durch den Kreis beitragsfrei gestellt würden, liegt noch nicht vor.

Die Mitglieder des Kreisausschusses halten das Ergebnis der Antwort von Bürgermeister Zimmermann für entscheidungserheblich, so dass der Tagesordnungspunkt einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen wird. Landrat Hendele versichert, den Frak-

tionen die Antwort der Stadt Monheim am Rhein unverzüglich zuzuleiten, falls sie noch vor der Kreistagssitzung am 07.04.2014 vorliegen sollte.

KA Köster-Flashar spricht sich dafür aus, beim Elternbeitrag Kontinuität zu wahren. Eltern erst beitragsfrei zu stellen und kurze Zeit später wieder Beiträge zu erheben, sei nur schwer vermittelbar. Sie regt daher an, einen Mittelwert zu bilden und diesen zur Beitragserhebung zugrunde zu legen.

Frau Haase macht deutlich, dass der so gebildete Mittelwert über den Beitragssätzen der Stadt Langenfeld liegt. Die Verwaltung spricht sich für die bis zum Schuljahr 2014/15 befristete Variante 3.2 (Anwendung der Regelungen der Stadt Langenfeld auf Kinder aus Monheim am Rhein) aus.

Diesem Vorschlag kann sich KA Schulte für die SPD-Fraktion anschließen.

**Zu Punkt 13:      Zukunftsplanung Berufskollegs**  
- Einrichtung des dualen Bildungsganges IT-Fachinformatiker/in am  
Berufskolleg Ratingen  
- Vorlage Nr. 40/034/2013

Auf Nachfrage von KA Völker teilt Frau Haase mit, dass derzeit erst eine oder zwei Anmeldungen für den Bildungsgang IT-Fachinformatiker vorliegen. Dies sei jedoch noch nicht ungewöhnlich, da die Hauptanmeldezeit noch aussteht. Sollte es bei der geringen Resonanz bleiben, könnten die Schüler noch problemlos am Berufskolleg Hilden untergebracht werden.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 die Errichtung des einzügigen dualen Bildungsganges IT-Fachinformatiker/in in den Fachrichtungen Anwendungsentwicklung und Systemintegration in der Form einer gemeinsamen Beschulung am Berufskolleg Ratingen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 14:      Zukunftsplanung Berufskollegs**  
- Erweiterung der Zügigkeit des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium für Gesundheit" am Berufskolleg Neandertal in Mettmann  
- Vorlage Nr. 40/014/2014

**Beschluss:**

Der Beschluss über die Errichtung des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium für Gesundheit" am Berufskolleg Neandertal in Mettmann vom 14.10.2013 wird dahingehend abgeändert, dass der Bildungsgang zum 01.08.2014 nicht ein- sondern zweizügig errichtet wird.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 15:      Zukunftsplanung Berufskollegs</b> <b>- Erweiterung der Zügigkeit des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" am Berufskolleg Hilden</b> <b>- Vorlage Nr. 40/015/2014</b>
--

Auf Nachfrage von KA Völker erläutert Frau Haase, dass die hohen Anmeldezahlen bereits jetzt bekannt sind. Hintergrund sind frühzeitig geführte Gespräche zwischen dem Leiter des Berufskollegs und den städtischen Schulleitungen.

KA Köster-Flashar erkundigt sich, wie es mit dem Bildungsgang nach Abschluss des Schulversuches weitergeht und ob zusätzliche Lehrerstellen bereitgestellt werden. Frau Haase stellt fest, dass man sich bei der Anzahl der Lehrerstellen im Soll befindet. Es sei geplant, die MINT-Fächer langfristig und über den Schulversuch hinaus am Standort Hilden zu verfestigen. Dies sei ein Alleinstellungsmerkmal weit über die Kreisgrenzen hinaus.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

**Beschluss:**

Der Beschluss über die Errichtung des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" am Berufskolleg Hilden vom 14.10.2013 wird dahingehend abgeändert, dass der Bildungsgang zum 01.08.2014 nicht ein- sondern zweizügig errichtet wird.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 16:      Nachträge</b>
------------------------------------

<b>Zu Punkt 16.1:    Landesentwicklungsplan NRW (LEP NRW)</b> <b>- Vorlage Nr. 61/004/2014/1</b>
---

Landrat Hendele berichtet, dass der vorliegende Beschlussvorschlag in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung mehrheitlich angenommen wurde. Die Stellungnahmen wurden daher zwar fristgerecht abgegeben, jedoch unter Gremienvorbehalt gestellt.

KA Völker wertet die Stellungnahmen als ausgezeichnete Arbeit der Verwaltung und begrüßt die Position ausdrücklich.

Auf Nachfrage von KA Köster-Flashar teilt Landrat Hendele mit, dass die gemeinsame Stellungnahme der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann – Rhein-Kreis Neuss im Rat der Stadt Düsseldorf beschlossen wurde, während im Kreistag in Neuss keine Beschlussfassung vorgesehen war.

KA B. Hoffmann macht für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf geltend und beantragt die Verweisung an den Kreistag.

KA Dr. Ibold macht deutlich, dass der Kreis Mettmann bereits der am dichtesten besiedelte Kreis sei. Die Landesentwicklungsplanung versuche, dem Einhalt zu gebieten, während die Stellungnahmen des Kreises dies wieder aufweicht. Daher trage seine Fraktion den vorgelegten Beschlussvorschlag nicht mit.

Nach abschließender Diskussion wird der Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen.

**Zu Punkt 16.2: Teilnahme an der jährlichen Gedenkfeier am Wenzelnberg in Langenfeld**  
**hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.03.2014**  
**- Vorlage Nr. 01/006/2014**

KA Küchler erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Die Teilnahme eines offiziellen Vertreters des Kreises wäre ein Geste und gute Gelegenheit der Wertschätzung. An der Gedenkfeier bestehe seitens der Bürgerinnen und Bürger ein hohes Interesse über Langenfeld hinaus. Sie stellt fest, dass auch Erinnerungsarbeit einen Kreis einen könne.

Landrat Hendele äußert kommunalverfassungsrechtliche Zweifel daran, dass der Kreisausschuss darüber beschließen kann, an welchen Terminen er teilnimmt. Abgesehen davon habe der Kreis jedoch noch nie eine Einladung zu dieser Veranstaltung erhalten. Sollte er eingeladen werden, würde er über eine Teilnahme seinerseits oder durch einen Vertreter entscheiden. Ohne Einladung werde er jedoch an keiner Veranstaltung teilnehmen.

Auch KA Völker und KA Ruppert sehen keine Zuständigkeit des Kreisausschusses und stellen fest, dass der Kreistag durch Abgeordnete aus Langenfeld bereits bei der Gedenkfeier vertreten ist.

KA Schulte macht deutlich, dass die Veranstaltung historisch gewachsen ist und die ausrichtenden Städte den Einladungskreis festlegen. Dies sei nur eine von mehreren Veranstaltungen im Kreisgebiet. Er spricht sich grundsätzlich für eine Teilnahme aus und regt an, auf der Homepage des Kreises auf diese und ähnliche Veranstaltungen hinzuweisen.

Nach weiterer Diskussion zieht KA Küchler den Antrag ihrer Fraktion zurück, bittet jedoch die Anregung von KA Schulte aufzunehmen und entsprechende Hinweise auf die Internetseite des Kreises zu stellen.

**Zu Punkt 16.3: Leinenpflicht für Hunde auf dem PanoramaRadweg niederbergbahn**  
**hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.03.2014**  
**- Vorlage Nr. 65/016/2014**

Frau Haase berichtet, dass Nachfragen bei den angesprochenen Städten zu folgendem Ergebnis geführt haben

- die Stadt Wülfrath erwägt einen Anleinzwang und führt derzeit bereits Kontrollen durch,
- die Städte Velbert und Essen haben keinen Anleinzwang und vertreten den Standpunkt, dass die Halter dafür Sorge zu tragen haben, dass von ihren Hunden keine Gefahr ausgeht,
- die Stadt Heiligenhaus hat eine generelle Anleinplicht verfügt.

Grundsätzlich gilt, dass ein jeder Nutzer des PanoramaRadweges sich so zu verhalten hat, dass keine Gefahr von ihm ausgeht. Festzuhalten sei, dass die Städte zuständig sind und der Kreis nur versuchen kann, auf die Städte einzuwirken.

KA Küchler gibt zu, dass es schwierig ist, die unterschiedlichen Nutzergruppen zufrieden zu stellen. Ziel des Antrages sei gewesen, Gespräche mit den Städten zu suchen. Sie bittet darum, dies fortzuführen. Dies sei letztlich eine Frage der Verantwortung und Haftung.

KA Völker bittet darum, gemeinsam mit den betroffenen Städten eine Möglichkeit zu finden, einheitliche Hinweisschilder anzubringen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses sehen übereinstimmend Handlungsbedarf, vertreten jedoch die Auffassung, dass Leinenzwang alleine nicht die Lösung des Problems ist.

Landrat Hendele sagt zu, mit den genannten Städten Kontakt aufzunehmen und darum zu bitten, Hinweisschilder nach einheitlichem Muster aufzustellen und eine einheitliche Anwendung für den Panoramaradweg zu gewährleisten.

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 17. stellt Landrat Hendele die Nicht-öffentlichkeit der Sitzung her.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 17:37 Uhr**

gez.  
**Thomas Hendele**

gez.  
**Antje Schäfer**